

Meinungen

Kommentar

Der ruinöse Kampf geht in die nächste Saison

Skigebiete locken vermehrt mit Sonderangeboten, obwohl viele Bergbahnen sich die Rabattschlacht gar nicht leisten können.

Auf den ersten Blick hielt man die Macher in Saas-Fee für verrückt, als sie vor zwei Jahren die Saisonkarte für nur 222 Franken vorstellten. Doch die Strategie ging für die Region als Ganzes auf. Die Wintersportler griffen bei der Aktion fleissig zu, mehr Touristen kamen ins Saastal, die Zahl der Übernachtungen stieg, die Restaurants füllten sich, und den Sportgeschäften lief es ausgezeichnet.

Zwei Jahre später muss man bei den Saastal-Bergbahnen aber zugeben, dass das Billigangebot zum Problem werden kann. Der hohe Werbeaufwand für die Abo-Aktion belastet

Bis zu 350 Millionen Franken haben Seilbahnunternehmen in diesem Jahr in neue Infrastruktur investiert.

die Bergbahnen. Zudem ziehen andere Tourismusregionen nach und locken ebenfalls mit tieferen Preisen.

Der Wintersport verkommt wie der Luftverkehr zur Preisschlacht. Im Gegensatz zum Fliegen ist Skifahren aber kein Wachstumsmarkt. Die Zahl der Skitage in der Schweiz ging seit 2005 um rund ein Viertel zurück. Eine Reduktion des Angebots fand jedoch nicht statt. Vereinzelt gingen kleine Skigebiete zu, beispielsweise Lungern-Schönbühl OW. Grössere Regionen wie Andermatt-Sedrun, Flims-Laax oder Zermatt bauen hingegen kräftig aus. Bis zu 350 Millio-

nen Franken haben die Seilbahnunternehmen heuer in neue Bahnen, Beschneigungsanlagen, Pistenfahrzeuge und Gastrobetriebe investiert, wie der Branchenverband schreibt.

Wer von der aktuellen Rabattschlacht im Schnee profitiert, wird man erst in ein paar Jahren beurteilen können. Laut Fachleuten ist der Preis bei der Wahl des Skigebiets nicht unbedingt entscheidend – Erreichbarkeit, Qualität und Verbundenheit sind oftmals wichtiger.

Viele Bahnen kämpfen bereits heute mit finanziellen Problemen. Zwei von

drei Gesellschaften sind nicht oder nur knapp rentabel. Sie sind auf Zuschüsse der öffentlichen Hand oder privater Investoren angewiesen. Die Sessel- und Skilifte fahren weiter, um die Arbeitsplätze in der Region zu sichern. Hält der Preiskampf an, geraten die Bahnen stärker unter Druck. Ohne finanzielle Zuschüsse droht gerade kleineren Skigebieten das Aus.



Ernst Meier
Wirtschaftsredaktor

Den wahren Preis akzeptieren

Schulinseln lösen die Probleme der integrativen Schule nur kurzfristig.

Raphaela Birrer

Unruhe im Klassenzimmer: Seit einstige Kleinklassen- und Sonderschüler integrativ in der Regelklasse geschult werden, ist der Unterricht vielerorts zur täglichen Geduldssprobe geworden.

Die grössten Probleme bereiten den Lehrerinnen und Lehrern nicht körperlich oder geistig behinderte Kinder, die eng heilpädagogisch betreut werden, sondern Verhaltensauffällige, die häufig keinen Förderstatus haben und entsprechend keine spezifische Unterstützung erhalten. Kinder also, die den Unterricht lahmlegen, die Klasse ablenken und den Lehrer an die Belastungsgrenze bringen können.

Auffälliges Verhalten ist allerdings stets auch abhängig vom Umfeld. Es kann sich zum Beispiel verstärken, wenn sich ein Kind zu wenig beachtet oder überfordert fühlt. In der integrativen Schule fehlen vielen Lehrern die Ressourcen, um dem Bedürfnis nach erhöhter Aufmerksamkeit jederzeit nachzukommen.

Eine Lösung sieht die Lehrerschaft in sogenannten Schulinseln. Das Konzept sieht eigene Räumlichkeiten für kurzzeitige Time-outs vor – einen pädagogisch betreuten Ort, an dem die betroffenen Kinder zur Ruhe kommen und am Schulstoff arbeiten können.

Der Zürcher Lehrerverband fordert, dass künftig jeder Schule eine solche Insel zur Verfügung stehen soll. Berufsverbände anderer Kantone unterstützen das Anliegen. Die Schulinsel

soll sozusagen als flankierende Massnahme der integrativen Förderung etabliert werden. Schweizweit arbeiten bereits einzelne Schulhäuser mit solch niederschweligen Angeboten. Ihre Erfahrungen lassen den Schluss zu, dass es mithilfe der Schulinsel gelingt, akut belastende Situationen zu deeskalieren.

Das kann – entgegen den Befürchtungen der Kritiker – langfristig sogar zu einer besseren Integration der betroffenen Schüler beitragen, weil alle Beteiligten nach der kurzen Auszeit wieder mehr Kraft haben. Und im Idealfall hilft die Insel sogar, Kosten zu sparen – dann etwa, wenn Lehrer auszubrengen drohen oder Schüler vor einem teuren externen Timeout stehen.

Doch die Schulinsel bekämpft letztlich nur die Symptome eines viel grösseren Missstands: Die Regelschulen sind auch zehn Jahre nach der Einführung der integrativen Förderung vielerorts überfordert mit dieser anspruchsvollen Aufgabe.

Die häufig nur punktuelle heilpädagogische Unterstützung im Klassenzimmer reicht bei weitem nicht aus, um jedes Kind seinen Bedürfnissen entsprechend zu betreuen. Sollen schwierige Situationen bereits in der Klasse und nicht erst in der Insel gelöst werden, muss dort investiert werden. Es braucht mehr Heilpädagogen.

Solange die Politik jedoch den wahren Preis der Integration nicht akzeptieren will – so lange werden die Schulen auf Konzepte wie Schulinseln setzen müssen, um handlungsfähig zu bleiben.

Wer spartanisch reist, muss nichts befürchten

Der Waadtländer Generalstaatsanwalt präsentiert zweifelhafte Gründe, warum er die Politikerreisen nach Russland nicht untersucht.

Philippe Reichen, Lausanne

Mit diesem Entscheid musste man rechnen. Der Waadtländer Generalstaatsanwalt Eric Cottier wird die Russlandreisen diverser Westschweizer Politiker nicht weiter untersuchen. Er sei bei seiner Voruntersuchung auf kein strafrechtliches Verhalten gestossen, lässt Cottier wissen. Er argumentiert: Die in vergangenen Jahren unternommenen Reisen seien privat gewesen. Von einer Vorteilsannahme könne keine Rede sein. Das Reisen in Russland und die Unterbringung der Politiker in Herbergen seien prekär, ja spartanisch gewesen.

Wer Cottiers Ausführungen folgt, fragt sich: Wie war es möglich, dass die Gruppe mit dem Waadtländer Finanzdirektor Pascal Broulis (FDP), Ständerätin Géraldine Savary (SP), Alt-Bundesrat Pascal Couchepin (FDP) und dem Westschweizer Unternehmer, Milliardär und russischen Honorarkonsul Frederik Paulsen die Reisen physisch und psychisch unversehrt überstand? Hat Cottier von den Helikopterflügen erfahren und das Boot zu Gesicht bekommen, mit denen die Politiker über den Fluss Amur schipperten? Hat er bei seinen Ermittlungen detaillierte, der Realität entsprechende Kostenabrechnungen und Kostenbeteiligungen verlangt? Weiss der Generalstaatsanwalt von den Auftritten bei Provinzregierungen in Anzug und Krawatte? Prekarität und Spartanismus sehen in der Regel anders aus. Und auch der Privatcharakter ist diskutabel. Teil der Reisegruppe waren nicht Frau Meier und Herr Müller, sondern hochrangige Politiker, die auf den



Finanzdirektor Pascal Broulis reiste mit einem Milliardär durch Russland. Foto: Keystone

Reisen auch als solche wahrgenommen wurden.

Von einem Staatsanwalt darf man andere Argumente erwarten. Cottier argumentiert wie ein Politiker, aber nicht wie ein Jurist; er wiederholt die Aussagen der Untersuchten, statt eigene Analysen zu präsentieren. Völlig deplatziert wirkt sein Seitenhieb nach Genf, wo die Staatsanwaltschaft die Abu-Dhabi-Reisen von Staatsrat Pierre Maudet (FDP) und Stadtrat und Nationalrat Guillaume Barazzone (CVP) untersucht. Cottier argumentiert, die von ihm untersuchten Reisen hätten «einen expeditionellen Charakter» gehabt und hätten mit Flügen in der Businessclass oder mit Privatjets und mit Aufenthalt in Luxus-hotels nichts zu tun. Als käme es bei der Vorteilsannahme auf die Grösse des

Geschenks und das Glitzern des Geschenkspapiers an. Darüber hinaus könnten die Äusserungen wie eine Vorverurteilung der Genfer Politiker interpretiert werden.

Die Haltung könnte eine gefährliche Langzeitwirkung haben. Die Äusserungen von Westschweizer Politikern, gerade in der Waadt, machten in den letzten Wochen deutlich: Es besteht wenig, ja teilweise keine Sensibilität, wenn es um mögliche Interessenkonflikte geht. Finanzdirektor Pascal Broulis hängt in seinem Departement die Urkunde eines Freundschaftsordens auf, der von Frederik Paulsen nach einer Reise gegründet wurde. Die Urkunde tut er heute als Scherz ab. Man kann sie auch als Botschaft an seine Mitarbeitenden verstehen, dass er und Frederik Paulsen beste Freunde sind.

Kein Grippe-Killer-Pillen-Wunder

Xofluza sorgt für Aufregung, bevor es hierzulande überhaupt erhältlich ist. Die Wirkung des Grippemittels ist allerdings bescheiden.

Felix Straumann

Gerade noch rechtzeitig vor der Grippezeit hat es der Schweizer Pharmahersteller Roche vergangene Woche geschafft, sein neues Influenzamidell Xofluza in den USA auf den Markt zu bringen. In Japan ist das Medikament bereits seit Februar erhältlich. In Europa und der Schweiz dürfte die Zulassung durch die Behörden nicht lange auf sich warten lassen. Manche scheinen das kaum erwarten zu können. «Neue Wunder-

Pille soll die Grippe killen», titelte die Gratiszeitung «20 Minuten» auf der Front. «Einmal schlucken – Grippe weg», versprach der «Blick». Endlich mal etwas Positives in dieser ach so düsteren Zeit.

Nach den kostspieligen Erfahrungen mit Roche und seinem Grippemittel Tamiflu stimmt solcher Enthusiasmus nachdenklich. Weltweit zahlten Regierungen Milliardenbeträge, um das Medikament für den Pandemiefall zu lagern. In der Schweiz riefen

manche Fachleute sogar dazu auf, das Medikament privat zu horten. Der Hersteller hielt derweil Daten unter Verschluss, veröffentlichte verzerrte Resultate zur Wirkung und verunmöglichte eine Beurteilung durch unabhängige Forscher. Als diese dann nach jahrelangen Auseinandersetzungen doch erfolgen konnte, zeigte sich: Tamiflu wirkt kaum besser als Fieberzäpfchen. Für Roche führte der Befund kaum zu Umsatzeinbussen. Inzwischen ist auch der Patentschutz für Tamiflu ausgelaufen.

Doch auch ohne diese Vorgeschichte rechtfertigt Xofluza keine Freudeausbrüche. In der grossen Zulassungsstudie mit über 1000 Grippepatienten ohne schwere Begleiterkrankung wirkte das Medikament ähnlich bescheiden wie Tamiflu. Daran ändert sich auch nichts, wenn der Hersteller betont, dass das Medikament mit dem Wirkstoff Baloxavir marboxil einen völlig neuen Angriffspunkt nutzt, um die Vermehrung des Influenzavirus zu stören. Als weiterer Punkt wird hervorgehoben, dass für eine Behandlung

nur noch eine Tablette nötig sei – bei Tamiflu sind es zehn, auf fünf Tage verteilt. Das mag praktisch sein, rechtfertigt aber nicht den überhöhten Preis von 150 Dollar, der derzeit in den USA verlangt wird.

Medikamente wie Tamiflu oder vielleicht auch Xofluza können sinnvoll sein bei Grippepatienten, die bereits unter schweren Erkrankungen leiden. Alle anderen werden auch die kommende Saison ohne vermeintliche Wundermittel überstehen müssen.